

Zukunft der Arbeit

Von der Arbeitsgesellschaft zur Tätigkeitsgesellschaft

Vortrag im Dom zu Frankfurt am Main

1. Mai 2003

Pfr. Dr. Thomas Posern

Liebe Gemeinde, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Am 1. Mai 2003 geht es um die Zukunft der Arbeit, und das in der Kirche. Eigentlich ist dies kein Gottesdienst-Tag, kein Sonntag, sondern Tag der Arbeit. Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben hier aufzurufen, zu mahnen, zu erinnern, nachzudenken, zu protestieren und zu feiern. Warum nun sollen auch noch Theologen am 1. Mai reden? Ich werde das in 10 Abschnitten zu entfalten suchen.

1. Zumindest für die protestantische Theologie gibt es einen Namen und einen Grund dafür, und das ist Martin Luther und seine umwälzende Erneuerung unseres Verständnisses von Glaube, Kirche und Leben. Das ist deshalb besonders wichtig, weil unsere ganze westliche Kultur von diesem Verständnis beeinflusst ist – das Wissen um diese Wurzeln sich aber längst im Zuge der Säkularisierung verflüchtigt hat. Dazu gehört in vorderster Linie, dass für Luther und die protestantische Theologie der **Beruf** ins Zentrum des Lebens und des Glaubens gerückt ist. Die Versammlung der Gemeinde ist das Zentrum des Gottesdienstes, aber die Bewährung des Christseins wird nicht mehr in der Abgeschiedenheit klösterlichen Lebens gesehen, sondern **im täglichen Leben, im Beruf, im Alltag der Welt**. So verweist uns auch die Bitte um das tägliche Brot an Gott, den Spender und Erhalter des Lebens und in gleicher Weise in die Mitte des Lebens. Luther betont in seiner Auslegung der Vater-Unser-Bitte, dass es mit dem Brot im Backofen und auf dem Tisch nicht getan ist. Vielmehr geht es mit der Bitte um das tägliche Brot **darum, dass die Bedingungen zur Bewältigung des Lebens** gegeben sind: Es geht um Staat und Gesellschaft, um Arbeit und um gute Nachbarschaft. Das Gebet, die Bitte um das tägliche Brot zielt auf die Mitte des Lebens, hier kann Gott erfahren werden, hier gilt es, sich zu bewähren. Arbeit wird von Luther in der Situation frühneuzeitlicher Arbeitsteilung als Möglichkeit verstanden, in unterschiedlichen Rollen einander zu dienen. Luther meint mit „Arbeit“ keineswegs nur bezahlte oder sonst wie vergütete Erwerbsarbeit, sondern er kann auch z. B. vom Beruf der Mutter reden. Berufswort ist praktizierte Nächstenliebe, und jede Rolle hat daran in gleicher Weise Teil, egal an welcher Position in der Gesellschaft. Dabei hat Luther die unterschiedlichen Rollen der feudalen Klassengesellschaft nicht angetastet. Heute müssen wir sehr darauf achten, die Wegweisung Luthers nicht ideologisch zu missbrauchen: Die Hochschätzung der Arbeit im protestantischen Ethos darf weder bloß auf Erwerbsarbeit verkürzt werden noch gilt jedwede Arbeit unterschiedslos und positiv als Ort der Bewährung. Vielmehr haben wir **Kriterien guter Arbeit** entwickelt und weiter zu entwickeln, die sich aus der Zielbestimmung des Dienstes an Gott und dem Nächsten ergeben.
2. Wie ist unsere Situation heute? Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus? In gewisser Weise ja: **Die Steigerungen von Produktivität und Wachstum**

sind anders als früher in hohem Maße von der Quantität von Arbeit abgekoppelt. Technische Innovationen und neue Managementmethoden spielen eine größere Rolle als die menschliche Arbeitskraft als solche. Mit jedem Fallen und Steigen des Konjunkturzyklus fliegen daher mehr Menschen aus dem Arbeitsprozess raus und bleiben auf der Straße. Gleichzeitig stellen wir fest: Es liegen Aufgaben en masse vor uns, die menschliche Arbeit erfordern, aber nicht bewältigt werden, z.B. in der Pflege, im nachhaltigen Umgang mit der Schöpfung, im Bereich der Bildung, der Erschließung von Energiequellen usw. Hier liegt ein wesentlicher Teil unserer Zukunft brach, hier sind wir dabei, die Lebensmöglichkeiten künftiger Generationen zu beschneiden, gar zu verspielen.

3. Was brauchen wir also:

- a) Wir brauchen eine ernsthafte Diskussion von Modellen, wie Arbeit und Geld geteilt werden können. Es darf nicht länger sein, dass diese Diskussion nur von den Arbeitnehmerorganisationen in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung vorgetragen wird, während die Arbeitgeberseite auf diese Gestaltungsmöglichkeit nicht eingeht oder nur zur Lohn-drückerei zu nutzen versucht.
- b) Wir brauchen einen Begriff von Arbeit, der unter Arbeit nicht nur bezahlte Erwerbsarbeit versteht. Das Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 hat hier schon gute und wichtige Vorschläge gemacht. Wir brauchen unter den Bedingungen eines erweiterten Arbeitsbegriffs allerdings auch eine solide Grundsicherung, die ihren Namen verdient und eine Ausgestaltung von Arbeit unter Gender-Gesichtspunkten, die nicht etwa die unbezahlte Erziehungs- oder Pflegearbeit und das bürgerschaftliche Engagement den Frauen zuschiebt, während die Männer wohldotierter Erwerbsarbeit nachgehen. Das Modell hatten wir schon, und es ist weder Frauen noch Männern auf Dauer zuträglich.
- c) Wir brauchen eine dauerhafte und institutionell abgesicherte Förderung von Personengruppen, welche den Anforderungen an Qualifikation, Tempo, Arbeitsdichte usw. nicht gewachsen sind - statt einer Reform von Arbeitsmarkt und Sozialpolitik, die immer mehr Menschen von gesellschaftlicher Entwicklung und Teilhabe abkoppelt.
- d) Wir brauchen eine menschengerechte Ausgestaltung von Arbeit, d.h. Arbeit muss in sich grundsätzlich sinnvoll sein und der Würde des Menschen angemessen. Dazu gehört auch eine eher zunehmende Demokratisierung der Arbeitswelt, wie sie in der betrieblichen Mitbestimmung z.T. verwirklicht ist. In Gewerkschaften und Gesellschaft haben wir das lange Zeit als ein Programm der Humanisierung der Arbeit diskutiert und vorgebracht – es darf nicht zugelassen werden und ist auch nicht im wohlverstandenen Interesse von Arbeitgebern, stattdessen den Menschen wieder „Arbeit poor“ zuzumuten und nicht mehr nach den Bedingungen angemessener und würdevoller Arbeit zu fragen.
- e) Und wir brauchen schließlich eine nachhaltige, intelligente, menschen- und umweltgerechte („schöpfungsverträgliche“) Produktion von Gütern und Dienstleistungen. In diesem Sinne muss und kann die Wirtschaft dem Menschen dienen.

4. Ich habe vorgestellt, welche Entwicklung wir m. E. brauchen. Was aber haben wir?:

Während einerseits in immer anspruchsvolleren Arbeitsstellen durchaus vieles an sinnhafter Gestaltungsmöglichkeit verwirklicht ist, werden wir andererseits zur Zeit Zeugen eines Paradigmenwechsels gegen den Sozialstaat, für eine sog. Liberale Marktwirtschaft, deren „Freiheit“ den Namen nicht verdient, den sie trägt. Dieses neue System, das zur Zeit weltweit einzuführen versucht wird, steigert vor allem die Freiheiten einiger weniger und steigert kurz- oder sogar mittelfristig die Effizienz des ökonomischen Systems. Diese Form des Wirtschaftens, die man „neoliberal“ nennt, führt jedoch langfristig zu gravierenden Schäden an Natur und Kultur und bewirkt kurzfristig und vermutlich auf Dauer den Ausschluss von Menschen aus der Gesellschaft und aus der Teilhabe am normalen gesellschaftlichen Leben – denn dieser Zugang erfolgt immer noch über Arbeit, die aber als bezahlte Erwerbsarbeit unter den derzeitigen Bedingungen immer weniger wird.

5. Der Ausschluss von Menschen wird zumindest hingenommen, global und in unserem Land, weil der Markt unter den derzeitigen Bedingungen die Ware Arbeitskraft nicht in dem Ausmaß und nicht zu den Bedingungen brauchen kann, wie sie als Angebot und Suchbewegung vorfindlich ist. Darauf wird gegenüber den Arbeitslosen – und das ist potenziell fast jeder, der nicht unkündbar ist – mit zusätzlichem Druck reagiert, indem die Standards zumutbarer Arbeit und der Vergütungen herabgesetzt werden – in dem einen Programm mehr, im anderen weniger. Die geforderte Flexibilisierung aber, um nur ein Beispiel herauszugreifen, wird nicht durch soziale Absicherungen grundiert, wie das in anderen, erfolgreichen Staaten der Fall ist, sondern soziale Sicherungssysteme gelten selbst als Teilursache der Misere. Die Menschen wollen aber nicht durch Annahme einer Teilzeitstelle oder einer Arbeit, für die sie formal überqualifiziert sind, gleich einen großen Teil ihrer Altersversorgung verspielen. Menschen, die grundsätzlich auf Sicherungen zurückgreifen können, sind jedoch ggf. auch eher bereit, flexibel zu sein und momentane Instabilitäten in Kauf zu nehmen, wenn dadurch nicht das ganze persönliche Umfeld zerstört wird.
6. Kapitalismus wird nach dem Untergang des Ostblocks verstärkt über **ein bestimmtes** Programm gefahren, nämlich eine Freihandelsideologie, welche ökonomische Entscheidungskriterien hauptsächlich den Entscheidungen der Kapital- bzw. Geldbesitzer überlässt und zunehmend jeder demokratischen Kontrolle entzieht. Das genau geschieht, wenn öffentliche Güter und Dienstleistungen privatisiert werden. Auf einer gewissen demokratischen Kontrolle beruhte jedoch auch der Erfolg des Modells des „rheinischen Kapitalismus“ - unter den Bedingungen des shareholder-value-Systems geht zudem eine extreme Kurzfristigkeit des Entscheidungshorizontes einher, die weder der Gesellschaft als ganzer noch auf Dauer auch nur den einzelbetrieblichen Interessen zuträglich ist. Der Markt ist zum zentralen Steuerungsinstrument geworden, ja, bestimmte Indikatoren, die sich auf den Ertrag von Unternehmen innerhalb sehr kurzer Kontrollfristen beziehen, wurden innerhalb des Marktsystems zumindest für die großen, börsennotierten Konzerne zum Messinstrument, von dem das Überleben des Unternehmens abhängt. Durch dieses System erreicht man offensichtlich beträchtliche Produktivitätssteigerungen innerhalb relativ kurzer Zeit – die Perspektive auf die Wirklichkeit ist jedoch extrem verkürzt, denn weder die externen Kosten für die Umwelt noch soziale Folge-

schäden oder vorausschauende Planung von Aus- und Weiterbildung gehen wirklich in das System ein. Im Blick auf die Mitarbeitenden haben wir die doppelte Perspektive, dass sie vielleicht in einigen Bereichen mehr geschätzt werden als früher, weil von ihrem Wissen und ihrer Kommunikationsfähigkeit Gedeih und Verderb des Unternehmens abhängt. Andererseits werden sie aber als bloßer Kostenfaktor gesehen, der abgeschaltet wird, wenn der Markt es erfordert.

7. Die so genannten „Reformen“ des Arbeitsmarktes und der Sozialpolitik sind in Wahrheit ein einziges Role back von Errungenschaften der Arbeiterbewegung aus über hundert Jahren Reformismus und verdienen den Namen finsterster Reaktion, zu deren willfährigem Handlanger sich große Teile der rot-grünen Regierungskoalition gemacht haben. Diese Restaurationsinitiative von oben also begründet unwidersprochen die Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik, in der Sozialpolitik, in der Rentenpolitik, in der Gesundheitspolitik, in der Bildungspolitik mit der dreisten und kaum widersprochenen Behauptung, es sei kein Geld da!!! Mit dieser Politik wird nicht nur Druck auf die Arbeitslosen und die Sozialhilfeempfänger ausgeübt, sondern auch auf die ArbeitnehmerInnen insgesamt – die Reservearmee vor der Tür war schon immer ein gutes Druckmittel zur Minderung von Rechten, ein Mittel, um Druck auf Löhne und Gehälter auszuüben sowie auf die Organisationsfähigkeit und –bereitschaft von ArbeitnehmerInnen.
8. Geld ist aber wirklich nicht das, was fehlt in dieser Republik! Wir haben immensen privaten Reichtum, der sich immer mehr in den Händen weniger konzentriert. Nur zur Bebilderung, mit welchen Dimensionen wir es hier zu tun haben, sei der frühere Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl zitiert. Er bezeichnete Vermögen bis zwei Millionen DM als klein, Vermögen bis 20 Millionen DM als mittel und erst die darüber hinausgehenden Vermögen als groß.
9. Was heißt das für die aktuelle Debatte über die Zukunft der Arbeit und den Weg, den wir einschlagen müssen? Das bedeutet, dass wir uns sehr aktuell um **eine Zusammenführung der Diskurse über Reichtum und Armut einerseits und über Arbeit und Sozialpolitik andererseits** bemühen müssen! Hier haben wir nämlich wirklich das Phänomen, das unter der Bezeichnung „mismatch“ in der Arbeitsmarktpolitik neuerdings eine prominente Rolle spielt, aber immer nur für das Missverhältnis von Arbeitsplätzen und Arbeitssuchenden angewandt wird. Wir stellen fest, dass wir als Gesellschaft auf der einen Seite die Mittel haben, um viele drängende Probleme zu lösen – und auf der anderen Seite begegnen wir dem massenhaften Bedürfnis von Menschen nach sinnerfüllter Tätigkeit, die unter den derzeitigen gesellschaftlichen Organisationsbedingungen von ihren Arbeitsvermögen getrennt sind. Und wir haben schließlich aus ideologischer Verblendung oder aus egoistischem und sehr kurzfristig gedachtem Eigeninteresse eine äußerst wirksame Blockade, die Problematik dieses mismatch mit Kreativität und Mut anzugehen. Also noch einmal: Wir müssen die Kreativität, die geistigen und finanziellen Ressourcen unserer Gesellschaft in einer großen Anstrengung auf intelligente Lösungen der Frage richten, wie wir die Ressourcen unserer Gesellschaft nutzbringend für alle in die Bewältigung der Zukunft einbringen – statt dass die Verwalter und Usurpatoren der Schatzkammern den Armen noch den letzten Cent aus der Tasche ziehen und weiter hinter der dreisten Lüge verstecken, es sei kein Geld da.

Wir müssen dann wirklich neue Wege gehen. Ich vermute, dass die Lösungen des 19. Jahrhunderts nicht 1 : 1 die Lösungen von heute sein können und dass wir der Lösung der anstehenden Probleme nicht entscheidend näher kommen, wenn wir die Ressourcen, die der Gesellschaft erschlossen werden müssen, nach dem Gießkannenprinzip lediglich verteilen. Wir brauchen Lösungen, die dazu verhelfen, diese Ressourcen so einzusetzen, dass ihr sinnvoller Einsatz gewährleistet ist: Das bedeutet, dass wir den Übergang zur Tätigkeitsgesellschaft gestalten müssen, in der weder die soziale Absicherung noch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben allein über Arbeit gewährleistet ist. Wir brauchen neue Verbindungen von Erwerbs- und Bürgerarbeit, von Bildung und Muße, von Pflege- und Erziehungsarbeit **für beide Geschlechter**, So werden wir **Visionen** entwickeln können, wie wir in einem positiven Sinn arbeiten werden und als Arbeitende in vielerlei Gestalt am Ganzen der Gesellschaft mitwirken.

10. Noch einmal: Was brauchen wir wie das tägliche BROT? Wir brauchen eine „**Ökonomie des Genug**“, in der jeder seinen Platz und sein Auskommen hat. Wir brauchen über den Markt hinaus Instrumente einer intelligenten Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen – in dieser Hinsicht brauchen wir wirklich Reformen, die ihren Namen verdienen, denn die Lösungen liegen nicht auf der Straße, sie sind noch nicht bekannt. Aber es lohnt sich, an dieser Stelle tiefer zu graben und eine Veränderung der Arbeitsgesellschaft im Blick auf die Arbeit selbst wie auch im Blick auf die dafür einzusetzenden Ressourcen voranzutreiben. Denn darin sind sich beinahe alle einig: Dass es nicht so weiter gehen kann wie heute. Es sollte uns nicht wieder gehen wie in der Atompolitik, wo wir jahrzehntelang in eine teure Sackgasse gerannt sind und Forschungsgelder und Ressourcen ohne Ende verschwendet haben für einen Entwicklungspfad, der nicht menschengerecht war, weil er den Horizont menschlicher Verantwortungsfähigkeit überschreitet. Lasst uns stattdessen dafür sorgen, dass die Intelligenz und die Ressourcen dieser Gesellschaft in Projekte gesteckt werden, die Zukunft haben, nämlich sinnvolle Tätigkeit für alle.